



Verlust der sozialen Sicherheit

Am 21. Oktober 2007 wählt der schweizerische Soverän sein Parlament neu. Eine durch sozialen Wandel verunsicherte Bevölkerung wird von rechtspopulistischen Parolen umworben.

Die Schweiz versteckt gerne ihre Armut. In 3,2 Mio. Haushalten leben rund 250'000 Sozialhilfeabhängige, 200'000 Erwerbslose, 300'000 BezügerInnen der Invalidenversicherung (IV) und 500' 000 working poor. „Das ‚Ausschlusspotenzial‘ ist gross. Dazu gehören vor allem Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Alleinstehende“, schreiben Ueli Mäder, Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel und Dr. Hector Schmassmann, Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Nordwestschweiz im Beitrag „Stigmatisierung sozial Benachteiligter“ (erscheint bei Schwabe).

Konfliktpotenzial als Grundlage für Politik

Dieses gesellschaftliche Konfliktpotenzial dient der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) als hervorragendes Mittel, ihre Politik volkstümlich zu propagieren. Nach dem Motto, dass nicht die sozialen Ursachen von Armut und Ausgrenzung, sondern deren Opfer schuld an ihrem Elend sein sollen, schickt sie Sündenböcke in die Wüste und versucht, in der verunsicherten autochthonen Mehrheitsbevölkerung Identität zu stiften. Die Armenjagd ermöglicht es, auf Wehrlose in Gemeinden und Kantonen zu zielen und dabei auf eidgenössischer Ebene politische Erfolge einzuheimsen. Gesellschaftliche Konfliktlösungen sind der SVP fremd. Diese Partei lebt heute politisch vom Auseinanderklaffen der Gesellschaft und treibt diese geflissentlich weiter auseinander.

Polizeiliche Sicherheit ersetzt soziale Sicherheit

Die SVP beherrscht vorzüglich die Magie des Tausches und des Täuschens. Sie will mit ihrem Sozialabbau die soziale Sicherheit wegnehmen, bietet dafür polizeiliche Sicherheit und einen eidgenössischen Polizeiminister (Bundesrat Blocher) an, der an einem Parteitag mit „standing ovation“ gehuldigt wird. „Die Diffamierung sozial Benachteiligter weist auf eigene Ängste hin, Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Die harsch geäusserte Kritik richtet sich oft an die Adresse des eigenen Schattens“, schreiben Mäder/Schmassmann in ihrer Untersuchung. Und: „Bundesrat Christoph Blocher sagt den Leuten ‚habt keine Angst‘ und macht ihnen Angst. Er schürt Verunsicherung und bietet Rezepte dagegen an: Wenn wir in unserer Schweiz die Zahl der Ausländer reduzieren, erhöhen wir die eigene Arbeitsplatzsicherheit. So einfach ist das.“

Kampf gegen den Sozialstaat

Geschickt ruft die SVP - sich an ältere Generationen wendend - auch alte Ängste aus der Zeit des Kalten Krieges und der Auseinandersetzung mit dem totalitären Staatssozialismus wach. Mit dem Ruf „Freiheit statt Sozialismus“ kann wohl kaum die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) gemeint sein, denn diese verhält sich reaktiv zur SVP. Das begann mit dem vorausseilenden Gehorsam zur eidgenössischen Konkordanz, als zuerst das Referendum gegen die Verschlechterung der Invalidenversicherung (IV) von den Parteioberen abgelehnt wurde, setzte sich sodann mit dem „linken“ Nationalfeiertag auf der Rütliweise (mythische Geburtsstätte der Schweizerischen Eidgenossenschaft) fort und endet schliesslich bei einer kantonalen Kriminellenhatz gegenüber Jugendlichen im eidgenössischen Wahlkampf 2007. Wenn die SVP von Sozialismus spricht, so meint sie natürlich den schweizerischen Sozialstaat, dem sie den Kampf angesagt hat. Der Verlust der sozialen Sicherheit steht somit weiterhin auf dem Programm der eidgenössischen Politik.